

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Bezirk des Reichsboten oder bei den Postämtern 3,- M. bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Verteilungsliste für 1919 eingetragene Zeitung.

Interessante Stellen die achtseitige Konparatortabelle oder deren Raum 120 Bl., Wohnungsanzeigen 200 Bl., jedes weitere Wort 25 Pf. Kreuzungspolizei 10 Pf. Bei Familien- u. Verfallungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13  
Korrespondenten: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Entente sorgt für Aufrichterhaltung der Ordnung.

Paris, 10. August.  
„Chicago Tribune“ zufolge hat der Oberste Rat vorgeschlagen nachmittags die neuen Grenzen des ungarischen Staates festzulegen. Er hat ferner bestimmt, in welcher Weise die alliierten Truppen in der für die Volksabstimmung vorgesehenen Zone Oberschlesiens verteilt werden sollen und die finanziellen Wiedergutmachungsklauseln für den bulgarischen Vertrag fertiggestellt.

#### Die Eisenbahnbeamten gegen die Lüge.

Frankfurt a. M., 10. August.  
Nach den Beamten der Direktionsbezirke Kassel, Erfurt, Halle und Magdeburg wurde sich nunmehr auch der Bundes-Legations-Frankfurt des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten in einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ gegen die Meldung dieses Blattes, daß die Demotivierung der Eisenbahnverwaltung durch einen Eisenbahnbeamten freilich erzwungen werden sollte. Gerade bei dem letzten Eisenbahnstreik in Frankfurt hätten die Frankfurter Beamten bewiesen, daß sie einen wilden Streik nicht namentlich bei der schiefen Haltung des Volkes, ablehnen gegenüberstehen. Die Beamten weisen die Unterstellung auf das Schärfste zurück.

#### Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Hamburg, 10. August.  
Die Bankbeamten in Hamburg und Altona sind heute in den Streik eingetreten. Die Banken sind infolgedessen geschlossen. Die Bankleitungen haben die arbeitswilligen Beamten und Boten aufgefordert, sich Montag früh an ihren Arbeitsstätten einzufinden. Für Aufrichterhaltung von Ruhe und Ordnung und Schutz der arbeitswilligen seien seitens des Korps Bettow ausreichende Vorkehrungen getroffen. Die Banken geben jedoch bekannt, daß, falls die Mehrzahl der Angestellten nicht zur Arbeit erscheine, der Betrieb der Banken für den Verkehr mit dem Publikum nicht aufgenommen wird.

#### Die Konterrevolution in Ungarn.

U. U. Wien, 11. August.  
Die Bewegung gegen den Aufbruch der ungarischen Volkswirtschaften in Deutschland nimmt zu. Dingenbehebungen der Ortsbewohner vereinigen sich mit Entschlossenheit der bürgerlichen Parteien an die Regierung. Es heißt, daß die ungarische Regierung binnen kurzem ein Auslieferungsgesetz für Bela Kun und Genossen stellen wird.

#### Eine englische Regierungstimme über die Lage in Ungarn.

L. U. Amsterdam, 11. August.  
Der Blatt „Daily Chronicle“ schreibt über die Ereignisse in Budapest: Unsere Politik muß nach einer halbvertrauensvollen Regierung und nach einer halbvertrauensvollen Regierung. Die Lage ist nun und nur eine halbvertrauensvolle Regierung kann und nur eine halbvertrauensvolle Regierung kann und nur eine halbvertrauensvolle Regierung kann.

#### Rumänien und die Entente.

Bukarest, 11. August (H. N.)  
Das rumänische Pressebureau meldet am 10. Heute vor-mittags 10 Uhr findet in Bukarest ein Ministerrat statt, an dem die in Bukarest weilenden Regierungsmitglieder sowie Vertreter der neuen angestellten Beamten teilnehmen werden. Der Ministerrat wird sich mit der Verantwortung der an Rumänien in der ungarischen Frage verwickelten Entente-Rote befassen. Wie in der ungarischen Frage verwickelt, wird Rumänien Ungarn keinesfalls räumen, ehe die Entente alle ihm durch den Vertrag von 1918 gemachten Zugeständnisse einlöst.

Bukarest, 11. August (H. N.)  
Das rumänische Pressebureau meldet: Die rumänische Presse nimmt einmütig gegen das Verlangen der Entente Stellung, Rumänien solle Budapest räumen und fordert die rumänische Regierung auf, von ihrem Standpunkt nicht abzuweichen. Die Entente habe nichts getan, um Rumänien die Opfer, die es in dem ihm

von Bela Kun aufgesteuerten Kampfe bringen mußte, zu er-sparen. Sie könne daher nicht verlangen, daß Rumänien seine Opfer umsonst gebracht habe.

#### Abflauen des Eisenbahnstreiks in Amerika.

Amsterdam, 11. August.  
Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß ein Teil der streikenden Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeit wieder aufnimmt, wahrscheinlich infolge eines Schiedens Wilsons an Hand, in dem er erklärt, daß er nichts unternehmen könne, bevor die Arbeiter ihren Führern folgen. Die englischen Blätter bringen eine Neuerung aus den Staaten, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit den Streiks zu ersten Zusammenstößen gekommen ist. Mehrere Personen wurden erschossen und eine Anzahl schwer verletzt.

#### Ende des Streiks auf der Brooklyn-Eisenbahn.

H. N. Haag, 11. August.  
Gollandisch Bureau meldet aus New York: Der Streik des Personals der Brooklyn-Eisenbahn, der Mittwoch morgen be-gann, ist durch einen Vergleich beendet. Die schwebenden Fragen sollen noch von einem Schiedsgericht untersucht werden.

#### Zur Bewegung der New Yorker Polizisten.

Haag, 11. August.  
Aus London wird gemeldet: Die New Yorker Polizei will Mitglied des allgemeinen amerikanischen Arbeiterverbandes werden. Es wurde eine besondere Polizeigenossenschaft ge-gründet, die sofort Lohnforderungen in Höhe eines Mindest-Jahres-gehalts von 800 Pfund Sterling verlangte. Das Gehalt soll um jährlich 20 Pfund Sterling bis zu 400 Pfund steigen. Gegenwärtig betragen die Gehälter zwischen 240 und 380 Pfund Sterling.

#### Die deutschen Kriegsgefangenen in Amerika.

H. N. Haag, 11. August.  
Aus New York wird gemeldet: „Chicago Tribune“ er-klärt aus Paris, daß in New York amerikanischen Kreisen die Frage über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Amerika lebhaft besprochen werde. Von französischer Seite sei der Vorstoß gemacht worden, die Kriegs-gefangenen in Amerika freizugeben. Bevor Frankreich seinerseits die deutschen Kriegsgefangenen freilassen würde, zu amerikanischen Kreisen glaubt man aber, daß Amerika sich davon nicht einlassen, sondern die deutschen Kriegsgefangenen zurückhalten werde, bis das Friedensabkommen von zwei weiteren Mächten ratifiziert sein werde.

#### Die Haltung der amerikanischen Friedensdelegation vor dem Senat.

H. N. Haag, 11. August.  
Gollandisch Bureau meldet aus Washington: Die amer-ikanische Regierung teilt mit, daß dem Senat das gesamte Material über die Haltung der amerikanischen Friedensdele-gation vorgelegt werden wird.

#### Annahme der italienischen Wahlreform.

I. U. Lugano, 11. August.  
Die italienische Kammer nahm mit 234 gegen 62 Stimmen die Wahlreform an und vertagte sich dann bis zum 28. August.

#### Wiederaufnahme der Arbeit in Basel.

I. U. Basel, 11. August.  
Der hiesige Streik ist beendet. Die Arbeit wurde Freitag nach 12 Uhr in allen Betrieben wieder aufgenommen.

#### Landarbeiterstreik in Frankreich.

Bern, 10. August.  
Die Confédération Générale du Travail hat laut sozialistischen Blättern eine neue Gewerkschaft gebildet, welche zur Organi-sation der Landarbeiter dienen soll. Sie hat außerdem auf dem Lande eine rührige Propaganda begonnen, die sich schon bemerkbar macht. Die Landarbeiter des Seine- und Seine-Departements fangen an, die Arbeit niederzulegen, so daß Militär zur Einbringung der Ernte in die Auslands-gebiete geschickt werden mußte. Im Seine- und Oise-Departement streiken die Landarbeiter ebenfalls. Es wurden freiwillige Kräfte aus anderen Landesteilen zur Einbringung der Ernte herangezogen.

#### Eine Schutzgarde des Kapitals.

In der Frage der Militarisierung der Berliner Polizei ist ein auffallendes Schweigen der zuständigen Stellen zu beobachten. Trotz der überaus scharfen Kritik, die auch von mancher bürgerlichen Seite an diesem ungeheuerlichen Plane geübt wurde, hat die Regierung es unterlassen, auch nur den Versuch zu machen, die dagegen geäußerten Vorwürfe und Bedenken zu entkräften.

Nur der als Ankläger aus dem Debebour-Prozess sat-tsam bekannte Staatsanwalt Humbroich hat es im „Ber-liner Tageblatt“ unternommen, die Berechtigung der Mil-itarisierung der Polizei zu beweisen. Dieser Herr, der schon in dem genannten Prozesse seine vollstän-dige poli-tische Unreife und seine vollkommene Men-schen-unkenntnis zur Genüge dargelegt hat, denkt auch hier durch ein paar schneidige Worte eine gewissenhafte Begründung erlegen zu können. Für ihn ist es selbstverständlich, daß man nur mit militärischen Machtmitteln die Berliner Bevölke-rung in Schach halten kann. Geradezu kindlich ist es, wenn der Herr Staatsanwalt meint, daß die Tausende von Sicher-heitspolizisten, die jetzt frisch von der Front auf die Berliner Bevölkerung losgelassen werden, in einem theoretischen Lehrgang von wenigen Wochen über alle Gebiete des polizei-lischen Wissens gründlich belehrt und für den polizeilichen Großstadtdienst genügend geschult werden könnten. Bekannt-lich haben selbst unsere in jahrelanger praktischer Arbeit ge-schulten älteren, erfahrenen Schutzeleute sich öfters he-dauerliche Mißgriffe zuschulden kommen lassen. Bei famu-gemähten, mit Handgranaten ausgestatteten Jünglingen aber genügt noch Herrn Humbroich ein kurzer theoretischer Unterricht, um sie zu vorbildlichen, für das Berliner Groß-stadtleben geeigneten Polizisten zu machen.

Schließlich macht sich Herr Humbroich noch einer großen Unrichtigkeit schuldig, wenn er behauptet, daß die Kosten nach dem sachverständigen Urteil des in der Berliner Polizeiverwaltung tätigen Dr. Lindenau für ganz Preußen 200 Millionen betragen würden. In Wirklichkeit hat Dr. Lindenau erklärt, daß 200 Millionen die Kosten allein für die Berliner Polizei sein würden. Schon dieser Hinweis zeigt, mit welcher „Gründlichkeit“ Herr Humbroich sich mit einer derart wichtigen Materie be-schäftigt.

Daß dagegen die amtlichen Stellen sich einer aus-gesprochenen Zurückhaltung über Fragen befleißigen, hat uneres Wissens keinen Grund darin, daß man die Bevölke-rung — und daneben auch die Entente — vor eine voll-ständige Laisance stellen will.

Es ist überaus bezeichnend, daß der Plan der Militari-sierung der Polizei durchaus nicht, wie Herr Dr. Lindenau irrtümlicherweise annimmt, vom Reichswehrmini-sterium ausgegangen ist, sondern vielmehr dort seinen Ursprung hat, wo alle Pläne zur Vergeßlichkeit der Arbeit-schaft und zur Aufrichtung einer militärischen Gewaltherr-schaft herkommen, nämlich im Divisionsstabs-quartier der Garde-Kavallerie-Division. Unter Nummer 101a Nr. 20 958 sandte Herr Haupt-mann Voss am 10. März 1919 einen Plan zur Mil-itarisierung der Polizei (schamhaft „Reorganisation der Schutzmannschaft“ genannt) an das Oberkommando des Reichswehrministeriums. Die Reichswehrminister beilligte sich nicht, diesen Plan am 12. März an das Ministerium des Innern weiter-zureichen. Es dürfte die preussische Landesversammlung interessieren, daß Herr Voss hier wörtlich folgendes er-klärt:

„Es darf zur Zeit nicht langatmig in 15 Pfennig-reichen 8. 2 Millionen verhandelt werden, son-dern es muß gehandelt werden.“

Das bedeutet also, daß das preussische Par-lament und die Berliner Stadtverwaltung allett übergegangen werden sollen.

Später fand sodann auf Einladung des Reichswehr-ministers im Reichsamt des Innern eine Besprechung der „interessierten“ Kreise, wozu selbstverständlich nur Regie-rung und militärische Nebenregierung ge-rechnet wurden, während man Parlament und Stadtverwal-tung wie üblich überging. In dieser Konferenz kam als besonders interessantes Moment zur Sprache, daß die Auffstellung, die Stärke und die Bewaffnung der militä-rischen Sicherheitspolizei zwar den Friedensbedingungen widerspräche, daß es aber, wie besonders der Geheimre-gierungsrat Dr. Doyg, der bis heute noch unbestrafte Er-sinder des Märchens von den 57 ermordeten Dichtenberger Polizisten, erklärte, richtig sei, die Entente vor eine vollendete Tatsache zu stellen unter der Bewei-sführung, daß die ganze Maßnahme sich innerhalb der Gren-zen des Friedensvertrages halte. Die Herren denken offen-bar gar nicht daran, welche ungeheuren Nachteile ein sol-



Die proletarische, aber noch nie eine gemeinsame Aktion des internationalen Proletariats zu organisieren vermochte. Wir wollen und müssen die Eroberung der politischen Macht durch den Kampf der Klassen. Die Internationale wird aber nur dann realisiert werden, wenn das auf den Kongressen Beschlossene zum inneren Gesetz wird.

### Kritiken Unabhängige Sozialdemokratie, Deutschland:

Es ist bedauerlich, daß die Umstände es nicht gestattet haben, vor der Beratung über die Reorganisation der Internationale eine Aussprache über die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Zeit vorzunehmen. Das wäre für die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts sehr nützlich gewesen. Gegen den grundsätzlichen Teil des Organisationsstatuts sind verschiedene Vorbehalte zu machen. Ein klarer revolutionärer Geist, ein offenes Bekenntnis zum Klassenkampf des Proletariats fehlen in der Einleitung. Ebenso eine scharfe Abgrenzung an die opportunistischen Vorstellungen. Die Internationale hat die Aufgabe, die Eroberung der politischen Macht und die Behauptung der Macht durch das Proletariat zu fördern, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Das ist die Diktatur des Proletariats, das ist die Ausübung der politischen Macht durch die umgeworfene Mehrheit der Gesellschaft. Die Herrschaft der Arbeiterklasse ist als Übergangsrichtung historisch notwendig. Solange Klassen bestehen, ist die Demokratie nicht möglich. Der Sozialismus wird die Klassen beseitigen und die Demokratie verwirklichen. Die politischen Organisationen sind bewußt, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Sie sind die Träger der politischen Aktivität, sie müssen darum auch die verantwortlichen Träger der sozialistischen Internationale sein. Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben, sie haben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die schrankenlose Ausbreitung zu bekämpfen. Die Gewerkschaften sind keine Kampforganisationen, sie erstreben die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Wir erkennen noch wie vor die große Bedeutung der Gewerkschaften und Genossenschaften an und halten es deshalb auch für notwendig, daß sich die politischen Parteien in den einzelnen Ländern mit den Gewerkschaften und mit den Genossenschaften über eine entsprechende Vertretung in der Internationalen verständigen. Nützlich ist auch eine enge Verbindung der sozialistischen Internationale mit der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Internationale. Das nur im Organisationsstatut nicht auf die Räte Bezug genommen ist, das wird das revolutionäre Proletariat nicht verstehen. Nicht jene von dem rechtssozialistisch-demokratisch-zentralistischen Regierungskreis in Deutschland geschickte oberflächliche Räte, wie Blücher meinte, kommen für uns in Betracht. Denen ist durch die rechtssozialistische Regierung das Mägdchen gebracht, sie sind losgelassen worden. Für uns geht es nicht anlich abgestempelten Räte, sondern die proletarischen, von revolutionärem sozialistischem Geist erfüllten Räte. Die tiefe Idee des Räteprinzips ist, daß der wahre Charakter der Arbeit, der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise gefälscht worden ist, wieder zur Geltung kommt. Die Geschichte der Arbeit ist die Geschichte der Menschheit. Der wahre Zweck der Arbeit ist die Erhaltung und Wiederverzweigung des Lebens der Menschheit und nicht die Erzeugung von Profit für die Kapitalisten. Nicht die Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht sein. Weil die Erzeugung des Räteprinzips noch nicht abgeschlossen ist, deshalb ist es von Nutzen, daß sich die politischen Organisationen in allen Ländern auch über die Vertretung der Räte in der sozialistischen Internationale verständigen. Die Beschlüsse der Internationalen sollten bindend für die nationalen Sektionen sein, besonders in den Fragen des Krieges, des Militarismus, der Sozialpolitik, der Handelspolitik, des Arbeiterkampfes und der Arbeiter. Die Internationale kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie eine geschlossene internationale Front des Proletariats bildet. Wir werden dem Internationalen Kongress Anträge in unserem Sinne unterbreiten.

**Mistral (Frankreich)** macht ebenfalls einige Abänderungsvorschläge. In § 1 wünscht er die Worte „Vertretung der gesamten Menschheit“ zu ersetzen durch „Vertretung des Proletariats“. Ferner möchte er hinzufügen: „d. h. durch die Umgestaltung der kommunistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische“. Die Worte „sich zu verständigen und handeln“ sollen ersetzt werden: „um gemeinschaftlich in internationalistischer und revolutionärer Sinn zu handeln“. Mistral fügt hinzu: „Wir brauchen keine Angst zu haben vor dem Wort 'revolutionär'. Jede Umwälzung ist eine Revolution an sich und schließt nicht unbedingt die Gewalt in sich.“

**Mollenhauer (Deutschland)** ist begreiflich, daß das, was vorgeschlagen, nicht allen Wünschen entspricht. So etwas zu erreichen, ist überhaupt unmöglich. Den Vorschlägen Mistral's kann ich zustimmen. Ich empfehle Rückweisung der Vorlage mit allen Abänderungsvorschlägen an eine Redaktionskommission.

**De Broeders (Belgien)** verteidigt den Text der Kommission, besonders dem Geiste nach, den er vollkommen billigt. Dieser Geist besagt, daß wir der Tradition der internationalen sozialistischen Partei treu bleiben: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wo aber Klassenkampf ist, kann keine Demokratie sein, denn Klassenkampf ist eine solche Auffassung, welche ich mich energigsteht abgelehnt oder die Arbeiterklasse beseitigt werden sollte. Auch eine wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter werden wir mit sofortigem Ausbruch beantworten. Denn wir können nicht dulden, daß die Behörden hochmütig werden, wie in Bayern und in Rußland und vielleicht unter Betonung des Staatsinteresses die allgemeinen Wirtschaftsinteressen vernachlässigen. Nein, das widerspricht unserer Tradition. Wir streifen nicht ab, wenn etwas der Adel oder irgend ein anderer Titel aufgehoben wird. Denn wo soll es hinfallen, wenn etwa ein Herr von Schorlöst sich einfach Schorlöst nennen muß und der Kommerzienrat Lehmann keinen Grafen mehr findet, der seine Plume bei den Beamtenbehörden vertritt? Gehen wir ferner nicht anständigen Zuständen entgegen, wenn die deutschen Hochschulen nicht mehr vorzugsweise, wie bisher, aus unseren Reihen die Ehrendoktoren ernennen sollten? Wenn diese Auszeichnung etwa nur noch für wissenschaftliche Leistung erteilt werden sollte? Da ist Wort vor! Wir haben jetzt überall unsere Beziehungen. Jede Umwälzung unserer Tätigkeit muß in diesem Lande, das nach dem Kampf noch lange ein Vorbild trauriger Angst und Ordnung sein wird, zu Unruhen und Störungen des Staatsorganismus führen. Unser Streik würde augenblicklich einen Streik innerhalb der höheren Militär- und Beamtenklasse, also schließlich des gesamten Bürgertums nach sich ziehen, und damit ist Brechen verboten.

**Ja**, wandte ich ein, „wie haben Sie sich dann aber j. B. der Revolution angepaßt? Von einem Scheitern habe ich damals gar nichts gehört.“

**Anfänger** sagte von X., nicht wir haben uns der Revolution, sondern die Revolution hat sich angepaßt. Wir sind gut vorbereitet in Weimar, und es ist ausgeschlossen, daß von dort ein solches energisches gegen uns erfolgt. Im Gegenteil, wir werden wirklich noch nichts gemerkt! Und nun, wo wir, allein wir, durch unsere Organisation die Ordnung und Strafe sucht im Lande wieder aufzuheben haben, da kommt die bolschewistische Welle von Osten und vernichtet alle Früchte unserer Arbeit, alle Hoffnungen mit einem Schlag!

**Ja** verhebe und bedauere Sie, Herr von X., sagte ich bedauernd. Doch sollten Sie die Hoffnung nicht sinken lassen. Wir einen Mann von Ihren Fähigkeiten und Erfahrungen bildet, ist es recht der Weigen. Sie wissen, daß gewöhnlich gerade ein Beruf, der auf diesem Wege keine Ausbilden oder Verdienste

gibt. Gewiß kann es vorkommen, daß, wo der Klassenkampf seinen höchsten, tragischen Punkt erreicht, die Demokratie untergeht. Aber wir haben doch von jeder den Klassenkampf auf dem Boden der Demokratie auf unsere Fahne geschrieben. Die französische Revolution darf man nicht verwechseln mit einer Diktatur. Sie hat die Demokratie erst geschaffen. Herrscht etwa in Rußland das Proletariat? Nein! Die meisten der dort Regierenden sind nicht aus dem Proletariat hervorgegangen. Hat man dort etwa die Bourgeoisie expropriert? Nein! Dagegen hat man das Proletariat um eine ganze Reihe von Köchen gebrüht. Geht es den Sozialismus demokratischen, wenn wir den Kapitalismus ersetzen durch die Diktatur wie in Rußland, durch Schaffung einer bolschewistischen Bürokratie? Gewiß, wir wollen die Idee der Diktatur des Proletariats nicht aufgeben; aber wir wollen sie nach unserer Weise interpretieren. Seine zweideutige Formel: Ich warne den Kongress vor der Annahme zweideutiger Formeln und Thesen, die nicht einen ganz klaren Sinn haben. Auch „Einigkeit“ kann eine zweideutige Auslegung erfahren. Dieser Ausdruck kann dazu führen, daß die tragische Situation, in der sich die Internationale tatsächlich befindet, verbüllt wird. Schaffen wir möglichst klare Formeln, damit die breite Internationale das verstehen kann, was sie will, weil sie schließlich wieder eine zweite noch eine dritte Internationale.

**Gruchinski (Ukraine)** begrüßt es namentlich der ukrainischen Delegation, daß die Internationale ihre Sympathie mit den unterdrückten Völkern zum Ausdruck bringt. Die ukrainische Delegation stimmt mit den Engländern überein, die gegen chauvinistische Tendenzen in den neuen Staaten protestieren, und verlangen, daß die Internationale bei allfälligen Konflikten den Schiedsrichter spiele, daß sie jedenfalls eine Kontrolle ausübt. In diesem Sinne begrüßt er den Geist der Einleitung der Statuten.

**Prasard (Frankreich)** wendet sich gegen die von de Broeders aufgeworfene Interpretation. Er hält es nicht für richtig, daß de Broeders einige Ausführungen in der Kommission dazu benutzte, heute schon hier die Frage der Demokratie aufzuwerfen, die doch erst im späteren Verlauf dieses Kongresses zur Erörterung gelangen soll. Die Zusatzanträge Mistral's entsprechen dem Geist der Internationale vollkommen.

**Kauf** die Bemerkungen de Broeders über die russische Revolution will Prasard heute noch nicht antworten. Der französische Reichstag ist es unumgänglich anzunehmen, daß die Internationale im gleichen Moment, wo sie aufs neue beschließen will, eine Enquete-Kommission nach Rußland zu schicken, von vornherein ein Verdammungsurteil gegen die Bolschewisten fällt. Wenn man uns von der französischen Mehrheit vor die Wahl stellt zwischen Rolle und Lenin, dann sind wir für Lenin.

**Stiegen** erhält als Berichterstatter der Kommission das Schlußwort. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Haffmann, der mehrere Stellen des Statutenentwurfs unrichtig aufgefaßt zu haben scheint. Der Gedanke Haffmann's betreffend der allgemeine Verbindlichkeit der Beschlüsse ist nicht ausführbar.

**Geisler** hat über die Räte gesprochen. Ich glaube, wir haben gut daran getan, die Räte nicht als eine ständige Organisation in die Statuten aufzunehmen. Sie sind entweder ein Teil der politischen Organisation des Proletariats oder sind es nicht. Wenn sie ein Teil der Organisation sind, dann brauchen sie aber in den Statuten nicht besonders genannt zu werden; wenn sie aber ein Teil des gerichtlichen oder kontrollierenden Staatsorganismus sind, dann sind sie nicht mehr Kampforganisation und haben auf internationalen Kongressen nichts zu tun.

Der Kommissionsreferent setzt sich noch mit dem Amendement Mistral's auseinander. Sein Änderungsantrag betreffend „Vertretung des Proletariats“ (statt: „Vertretung der Menschheit“) bedeutet eine große Einschränkung des Sozialismus und ist daher zu bekämpfen. Jaurès hat sein Wort auch nicht „Proletariat“ genannt, sondern „Humanität“. Der Redner bittet den Genossen Mistral, dieses Amendement zurückzugeben. — Gegen den zweiten Zusatzantrag Mistral's hat der Kommissionsreferent nichts einzuwenden. Dieser Antrag kann immerhin leicht zu einer Begriffsverwirrung führen („kollektivistisch oder kommunistisch“). — Mistral will weiter sagen: „Gemeinsames Vorgehen in einem internationalistischen und revolutionären Geist“. Durch diese Forderung würde ein inhaltliches Wort ersetzt durch etwas Nichtsagendes. „Erhaltung des Weltfriedens“ ist eine positive, wichtige und hehre Aufgabe, die der Internationale gestellt wird. Wenn wir statt dessen sagen: „Gemeinsames Vorgehen“, so sagen wir eigentlich nichts anderes, als daß wir hier die Gelegenheiten benutzen wollen, um das Wort „revolutionär“ einzuführen. Das ist gar nicht nötig; denn die ganze Einleitung ist ja schon revolutionäres Geistes, ohne daß dies durch die Benützung des Wortes selbst gefordert wird. Ich wünsche Ablehnung des letzten Änderungsantrages von Mistral.

Im Anschluß an die Ausführungen Stiegen's erhebt sich nochmals eine längere Diskussion über den Zusatzantrag Mistral's betreffend „kollektivistisch oder kommunistisch“. Bei verschiedenen Enthaltungen wird in der Abstimmung mehrheitlich folgender

möglichst mehr bietet, am meisten geeignet erscheint, in einer Hochschule weitesten Kreisen gelehrt zu werden. Denken Sie an die vielen privaten Technika und Chemiefabriken! Eründen Sie doch unter Ihrem Namen eine Schiedsacademie; Sie werden es da zu etwas bringen. Reine und zahlloser anderer Wissenschaftler erprobte Lebenserfahrungen will ich Ihnen für Ihre Propaganda, weil Sie es sind, zur Verfügung stellen. Sie, so wohl ich hier habe, habe ich aber einer meiner Bekannten, denen es heute gut geht, ihr Glück ausschließlich durch Schiebung, einzelne auch durch Heirat oder Erbschaft gemacht. Sie, Verehrter, haben mich ja auch einmal hereinfallen lassen, als ich so fach-unerfährlich war, mich auf geradem Wege für Ihre geschätzte Firma zu bemühen. Sie hatten wohl, ich war ein Anfänger, aber heute sehe ich ein: Wägen die Reinde uns die Koffenbeden und Ergebnisse fortnehmen, dem Tüchtigen verbleibt bei uns ein unerforschlich reicher Vorkurs in der tieferen Einseitigkeit unseres Volkes. Schiebertum hat noch immer einen goldenen Boden, den es beim Konkurrenz oder gar bei der Wissenschaft längst nicht mehr gibt. — Wasen Sie doch den jungen Volk u. a. auch einmal die Poetik, die Schönheiten Ihres Berufes aus. Eines so: Wie wir alle Schieber wurden. Erinnerungen aus großer Zeit! Oder: Wie werde ich meinen Umgang? Ein Stand, der sich so vorbildlich organisiert hat, muß noch meine Lieberzeugung auch eigene Rücksichten besitzen, nicht wahr? — Auf Wiedersehen!

**X.** verabschiedete sich nachdenklich und verabschiedete, den immerhin beachtenswerten Vorkurs der Schiebertum holder mit Exzellenz Papa, dem früheren preussischen Kriegsminister, in Ruhe durchsprechen zu wollen.

Die Eröffnungsvorstellung des Varietätstheaters wird infolge Erkrankung einer Hauptdarstellerin auf den 12. und 14. d. Mts. verlegt. Die alten Karten behalten Gültigkeit.

In den Kammertheatern des Deutschen Theaters findet Donnerstag die 50. Aufführung der Komödie „Das Weib und der Gampelmann“ mit Desophine Konstantin und Julius Welfendorfer in den Hauptrollen statt.

Im Lessing-Theater findet am Dienstag, den 12. d. Mts., die 75. Aufführung von „Charles Tancie“ mit Guido Thieler als Volk statt.

Im Deutschen Künstler-Theater findet Donnerstag, den 14. August, die 75. Aufführung des Schwankes „Die Kutschbahn“ von Gordon und Gey mit Max Adalbert in der Hauptrolle statt.

fassung zugestimmt: ... Sich zu verständigen und gemeinschaftlich zu handeln in internationalistischem und revolutionärem Geist für die Sicherung des Weltfriedens.“

Darauf werden die neuen Statuten in globo ohne Gegenantrag angenommen.

## Gewerkschaftliches.

### tariffbewegung im Zeitungsgewerbe.

Die Angehörigen der Zeitungsbetriebe waren am Sonntag vormittag im großen Saal der Philharmonie versammelt, um Stellung zu dem von der Tarifkommission nach langen Beratungen zu Ende geführten Tarifentwurf zu nehmen. Dr. Biermann, der Vorsitzende des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Druck- und Zeitungsgewerbes, referierte über den Entwurf. Dieser legt einen Hauptwert auf das Einkommen, das die Angestellten durch die zu wählenden Betriebsräte, deren Beschlüsse durch den Vertrag festgesetzt werden sollen. Die Arbeitszeit soll 42 Stunden wöchentlich betragen mit einem freien Nachmittag in der Woche. Ein anderer höchst des Entwurfs regelt die Rechte der Betriebsräte.

Die Betriebsräte, bis ab 1. 4. 10 rückwirkend gelten sollen, sind in verschiedene Gruppen eingeteilt. Gruppe I umfaßt Lehrlinge und Jugendliche vom 14. bis 20. Lebensjahre ab; hier beträgt das Mindestgehalt 800 M. Gruppe II A vereinigt die mit qualifizierten Arbeiten beschäftigten Angestellten, für die 400 M. Mindestgehalt vorgesehen werden, und in Gruppe II C sind die mit besonderen Fachkenntnissen oder Fähigkeiten auszustatteten Angestellten, die 450 M. Mindestgehalt erhalten sollen. Gruppe II D, die Abrechnungsbeihilfen, Hauptbuchhalter, Hauptrechner, Disponenten usw. umfassen, soll eine Funktionszulage von 25 Prozent auf die Gehälter der Gruppe II A—D beinhalten. Für jedes Berufsjahr werden in den Gruppen II A—D Gehaltszulagen von 25 M. monatlich gefordert. Überstunden sollen mit 1/2 des Monatsgehalts, mindestens mit 3 M. entschädigt werden. In Krankheitsfällen soll das Gehalt bis zu sechs Wochen, nach zehnjähriger Tätigkeit bis zu drei Monaten weitergezahlt werden. Der Urlaub soll bis zum 17. Lebensjahr sechs Arbeitstage, steigend bis zu 24 Arbeitstagen, betragen.

Weitere Punkte sind: Demütigung des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises, Befreiung der Konkurrenzkaufleute, Rindungsbeitrag die geschlechtliche zum Quartalsbeitrag. Ferner wird eine Wirtschaftshilfe bis zum Höchstbetrage von 800 M. außer einem Zuschlag von 20 Prozent für Betriebsräte und 5 Prozent für jedes Kind gefordert.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern verlangt, den Entwurf erst sämtlichen beteiligten Angestellten in gedruckter Form zu unterbreiten. Dies lehnte die Versammlung jedoch ab und erteilte nach einigen kleinen Abänderungen dem Tarifentwurf gegen wenige Stimmen die Zustimmung. Gleichfalls gegen wenige Stimmen beschloß die Versammlung, daß der Angestelltenverband des Buchhandels, Druck- und Zeitungsgewerbes und der Zentralverband der Druckgeschäften bei Mandat erhalten, diese Forderungen bei der Unternehmerorganisation einzutragen und zu vertreten.

### Protest dem Bürgerstreik.

Die organisierten Fleischer Groß-Berlins protestierten gegen die bürgerlichen Scharfmacher und nahmen folgende Protestresolution an:

Die in 12 Bezirksversammlungen vom 5. bis 8. August 1910 innerhalb Groß-Berlins versammelten Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, protestieren auf das energischste gegen das Vorgehen der fleischermeistlichen Fleischer durch Sabotage den Markt sowie die Reichsbehörden mit bewerkstelligten Mitteln zu zwingen, die Zentralisation der Fleischerleitung aufzugeben. Unter den Groß-Berliner Fleischermeistern wird Stimmung gemacht, den Verkauf der Fleisch- und Wurstwaren zu verweigern, wenn nicht sofort das Nationalierungssystem aufgehoben wird. Unserer Ansicht nach ist Deutschland z. B. nicht fähig, soviel Fleisch und Vieh einzuführen, daß der volle Bedarf gedeckt wird. Eine genügende Einfuhr erreicht ist, wäre eine Aufhebung der Nationalierung ein Privileg für die Reichen und ein Verbrechen an den breiten Massen der Arbeiterbevölkerung. Wir erwarten, daß die zuständigen Behörden diesem Treiben der fleischermeistlichen Scharfmacher energischen Einhalt gebieten und bei eventl. Schließung der Verkaufsstellen, den Verkauf der Fleischwaren in eigene Regie übernehmen.

Außerdem wurde Axel Regien, wegen seiner Forderung auf den Antisemitischen Kongress in Bragan der Deportation beschuldigter Arbeiter, ein Nichtvertrauensvotum ausgesprochen.

### Tarifvertrag für die Kaffeehausmüller.

Der ab Sonnabend, den 8. d. Mts., beschlößt geführte Streik der Kaffeehausmüller ist nicht ausgebrochen. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Verbandes der Gastwirtschaftsangehörigen, Herrn Stepsgard, fanden in den Nachmittagsstunden nochmals Verhandlungen bei dem Vorsitzenden des Verbandes der Kaffeehäuser, Herrn Dörfel, statt. Die anwesenden Parteien kamen nach dreistündiger Verhandlung zu gegenseitiger Verständigung. Die Formulierung des Tarifvertrages soll sofort in Angriff genommen werden.

### Differenzen bei den Berliner Vorkriegsämtern.

Die Einschränkung und Auflösung der Militärbetriebe hat zu Differenzen zwischen der Intendantur und den Angestellten der Vorkriegs-Betriebsämter geführt. Durch Bekanntmachung der vorgelegten Dienststellen vor den Angestellten und Handwerker kürzlich mitgeteilt worden, daß infolge der Auflösung des alten Heeres und der Herabsetzung der Reichswehr auf 200 000 Mann die Vorkriegs-Betriebsämter in ihrer bestehenden Form nicht mehr weitergeführt werden könnten, und daß die Entlassung des allergrößten Teils der Handwerker und anderen Angestellten unvermeidlich sei. Es wurde den angestellten noch in den Vorkriegs-Betriebsämtern Beschäftigten der Rat erteilt, sich rechtzeitig nach einer anderen Beschäftigung umzusehen. Gegen diese Verfügung der Intendantur erhoben die Arbeiter Protest und verlangten eine langfristige Bindung, da sie ohne weiteres nicht in anderen Berufen unterkommen könnten. Da jedoch das Kriegsministerium keine Mittel mehr für die Aufrechterhaltung dieser schon längst überflüssigen Betriebe zur Verfügung stellen kann, hat auch die Intendantur die Forderung weiterer Löhne verworfen. Die Handwerker und Angestellten erklären nach wie vor, daß sie bis auf weiteres in den Betrieben bleiben, bis die Entlassungsfrage geregelt sei. Eine Kommission will sich an das Kriegsministerium wenden, um die Intendantur zur Bewilligung der geforderten Löhne zu veranlassen.

**Wichtig!** Betriebsübertragnungs- und Schlichteramt! Am Dienstag Ausgabe der Flugblätter im Jugendklub, Schlichterstraße 6. Abholung unbedingt notwendig!

**Wichtig!** Schlichteramt! Letzte Sitzung, den 11. August, findet in den bekannten Lokalen nach Schluß der Arbeitszeit die Wahl zum internationalen Schlichteramt und Vorkriegsberufungsamt statt. Kandidat: Kollege Volkmerhaus. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Leidenschaft.

